

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

24.4.1930 (No. 96)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Ergebnis:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlsruhe
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangelegenheiten:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 9,35 RM. einchl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholung tarifierter Rubrik, bei als Kassenabdruck gilt und vervielfältigt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Künstliche Anzeigen sind bis auf die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Abrechnung, Abrechnung und sonstigen Verfahren fällt der Fall die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckgaben und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatsblätter, Künstliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die „B.J.Z.“

Aktienemission — Ein Deutscher stellvertretender Generaldirektor

Der Verwaltungsrat der B.J.Z. beschloß am Mittwoch die Aktien der Bank acht Tage nach der vollständigen Ratifikation des Youngplans durch alle Staaten zu emittieren, und zwar zu pari. Weiter wurde beschlossen, mit der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien ein gleiches Trust-Agreement abzuschließen, wie dies bereits mit den sieben Gründermächten der „B.J.Z.“ besteht, sobald die Reparationsfragen in Paris erledigt sind.

In dem Bericht über die innere Organisation und zur Besetzungsfrage wurde festgestellt, daß gegenüber den Kosten zur Durchführung des Dawesplans, die jährlich 1,5 Millionen Dollars betragen, erhebliche Ersparnisse erzielt werden können. Der Reparationsagent Parler Gilbert hatte in Berlin ein Büro, das 130 Personen beschäftigte. Dazu kamen noch 50 Personen der Reparationskommission in Paris. Die Bank will ihre Tätigkeit nunmehr mit einem Personal von ungefähr 30 Leuten aufnehmen.

Im weiteren Verlauf wurden einige Wahlen vorgenommen, und zwar wurde u. a. zum Vorsteher des eigentlichen Bankdepartements und Stellvertreter des Generaldirektors der Deutsche Dr. Hulze gewählt. Zum Generalsekretär der Bank wurde der Italiener Bilotti ernannt. Was die Frage der Unterzeichnungsberechtigung betrifft, so wurde diese dahin geregelt, daß Präsident Mac Carran und sein Stellvertreter Frazer allein unterzeichnet befugt sind, während alle übrigen Unterschriften durch Gegenzeichnung zu erfolgen haben.

Die Ernennung eines stellvertretenden Generaldirektors der Bank für Internationale Zahlungen ist als eine Konzession an den deutschen Standpunkt zu betrachten. Die Vertreter der Gläubigerstaaten im Verwaltungsrat haben damit ihren guten Willen gezeigt. Praktisch wird der stellvertretende Generaldirektor nur in Ausnahmefällen die Möglichkeit einer Einwirkung auf die Dispositionen des französischen Generaldirektors haben.

Reichsbankdirektor Ernst Gulze, geboren 1881, steht seit 1906 im Dienste der Reichsbank. Zuletzt hat er insbesondere die Reichsbank in der Beratungsstelle für Auslandskredite beim Reichsfinanzministerium vertreten, allgemeine kreditpolitische Fragen bearbeitet und an der Pflege der Zusammenarbeit der Zentralnotenbanken größeren Anteil genommen. In Baden-Baden und im Haag hat er an den vorbereitenden Verhandlungen für die „B.J.Z.“ teilgenommen.

Reichsversicherungsanstalt für Angestellte

Aus dem Bericht über das Geschäftsjahr 1929 (eingelamert sind die Zahlen des Jahres 1928 angegeben) sei folgendes mitgeteilt:

Am 31. Dezember 1929 liefen 98 621 (72 751) Ruhegelder mit 15 858 (10 245) Kinderzuschüssen, 55 026 (46 459) Witwen- und Waisenrenten und 34 238 (30 513) Waisenrenten. Insgesamt waren im Berichtsjahre 96 542 (65 067) Leistungsanträge zu bearbeiten.

Der Gesamtanspruch für die Rentenleistungen, Abfindungen und Beitragsrückstellungen betrug im Jahre 1929 145,3 Millionen (105 Millionen Reichsmark). Die starke Steigerung ist hauptsächlich zurückzuführen auf das Gesetz vom 7. März 1929, das die Wartezeit verkürzte und bis zum Ablauf des Jahres 1938 die Möglichkeit schuf, Ruhegeld auch solchen Versicherten zu gewähren, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahre arbeitslos sind.

Die Zahl der Anträge von Versicherten auf Heilverfahren stieg auf 117 131 (106 788). Hierunter entfallen auf ständige Heilverfahren 71 919 (65 396), auf nicht ständige Heilverfahren (Zahnerfah usw.) 45 212 (41 392). Es wurden 45 221 (38 718) ständige Heilverfahren durchgeführt. Die durchschnittliche Dauer der Kurzen betrug in den Lungenheilstätten 102 (96) Tage, in den Sanatorien 30 (31) Tage und in den Bädern 28 (29) Tage. Die Zahl der Anträge auf Gewährung von Zuschüssen zu Heilverfahren für tuberkulöse, tuberkulosegefährdete und schilddrüsige Kinder von Versicherten und für Waisenrentner betrug 7396 (6082). Zuschüsse wurden in 5164 (3894) Fällen bewilligt. Für die Gesundheitsfürsorge wurden insgesamt 23,4 Millionen Reichsmark (18,9 Millionen Reichsmark) aufgewendet.

Die Gesamtbeitragsaufnahme belief sich auf rund 372 Millionen (317 Millionen Reichsmark). Die Beiträge betragen etwa 5 vom Hundert des durchschnittlichen Monatsverdienstes gegen 7 vom Hundert in der Vorkriegszeit. Die Zahl der Versicherten wird für das Jahr 1929 auf 8,4 Millionen geschätzt.

Die Vermögensverwaltung strebt an, die verfügbaren Mittel sicher und so volkswirtschaftlich und sozial nützlichen Zwecken anzulegen und sie möglichst gleichmäßig den Kreisen und Wirtschaftszweigen wieder zuzuführen, aus denen sie kamen. Ganz besonders wurde der Wohnungsbau gefördert. An Mitteln hierfür wurden rund 154 Millionen Reichsmark (100 Millionen Reichsmark) langfristig zur Verfügung gestellt. An versicherte Angestellte wurden 1721 hypothetische Darlehen für neu-erstellte Eigenheime mit 11 023 345 Reichsmark ausbezahlt.

Die persönlichen Verwaltungskosten beliefen sich auf rund 7,7 Millionen Reichsmark (7,5 Millionen Reichsmark), die Sachkosten auf rund 4,3 Millionen Reichsmark (3,8 Millionen Reichsmark). Der Gesamtanspruch an Verwaltungskosten einschließlich der Kosten des Beitrags- und Überwachungsverfahrens, der an die Reichspost zu zahlenden Vergütung für den Markenverkauf und der Kosten der gesamten Rechtsprechung sowie aller Abschreibungen auf das Dienstgebäude und Inventar betrug 12,2 (13,5) vom Hundert der reinen Beitragsaufnahme.

Letzte Nachrichten

Die endlosen Saarverhandlungen

Wird man bis zur Ratstagung im September fertig?

M. Berlin, 24. April. (Priv.-Tel.) Die Saarverhandlungen werden nach den bisherigen Dispositionen in den ersten Tagen des nächsten Monats wieder aufgenommen. Sie sollen dann bis Mitte Juli fortgeführt werden. Es steht aber noch nicht fest, ob eine Unterbrechung dann im Sommer eintritt, oder ob man die Verhandlungen nach einem Kurort verlegt, um den Aufenthalt für die Beteiligten zu erleichtern. Es gilt aber jetzt schon als absolut zweifelhaft, ob die ursprüngliche Absicht eingehalten werden kann, das ganze Vertragswerk bis zur Septembertagung des Völkerrats fertigzustellen.

Verabschiedung der französischen Sozialvorlage

W.D. Paris 24. April. (Tel.) Die Kammer hat in ihrer erst heute früh um 6.50 Uhr zu Ende gegangenen Nachmittags-Session die Sozialversicherungsvorlage mit 547 gegen 29 Stimmen verabschiedet. Da gewisse Änderungen an der vom Senat angenommenen Fassung vorgenommen werden muß, muß die Vorlage noch einmal an den Senat gehen. Die Kammer tritt nachmittags wieder zusammen, um mit der Beratung der Steuererhöhungsvorlage zu beginnen.

Der japanische Marineminister in Berlin

W.D. Berlin, 24. April. (Tel.) Heute vormittag traf von Paris der japanische Marineminister Admiral Zatarabe auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein.

Politische Schieberei bei München

W.D. München, 24. April. (Tel.) Wie die „Münchener Zeitung“ meldet, wollten in dem Vorort Feldmoching nachts Gendarmen zwei Kommunisten festnehmen, die Standal machten, als plötzlich 30 junge Burschen mit Faustkugeln und Steinen gegen die Gendarmen vorgingen, die schließlich von der Waffe Gebrauch machen mußten. Es wurden etwa 10 Schüsse auf die Angreifer abgegeben, die in die umliegenden Gebäude flogen und von dort aus die Schüsse erwiderten. Da die Lage immer gefährlicher wurde, mußte das Überfallkommando von München gerufen werden, das dann gegen die Kommunisten vorging. Zwei Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe und Schläge mit Faustkugeln verletzt.

Politischer Mord in Brasilien

W.D. Rio de Janeiro, 24. April. (Tel.) Einer Nachricht aus Petropolis zufolge ist der Bevollmächtigte der ehemaligen kaiserlichen Familie von Brasilien, Octavio de Silva Costa, ermordet worden.

Weitere Zusammenstöße in Indien

Die Unruhen in Peshawar

W.D. London, 24. April. (Tel.) Die „Times“ meldet über Unruhen in Peshawar: Zwei Panzerwagen wurden von einer Volksmenge angegriffen. Der eine wurde mit Benzin besoffen und in Brand gesetzt. An einer anderen Stelle der Stadt wurde ein Unteroffizier von seinem Motorrad geworfen und mit einer Art erschlagen. Britische Truppen und Gurkhas wurden beim Einrücken in die Stadt mit Steinwürfen empfangen und hatten eine Anzahl Verwundete. Es war notwendig, mit Maschinengewehren und Gewehren das Feuer zu eröffnen. Die Stadt ist jetzt ruhig.

Amlich wird gemeldet, daß bei den Unruhen außer den britischen Soldaten ungefähr 12 Eingeborene getötet wurden. Am frühen Morgen wurde eine Anzahl politischer Agitatoren verhaftet. Daraufhin wurden in den Straßen Protestveranstaltungen veranstaltet, die bald ein ernstes Aussehen bekamen.

In Bombay wurde Ghandis Sekretär zusammen mit sechs Freiwilligen verhaftet. Die Verhaftung erfolgte, als die sieben Personen mit Säden geschnitten hergestellten Salzes unterwegs waren.

Die turkestanisch-sibirische Eisenbahn

W.D. Moskau, 23. April. (Tel.) Der Schienenstrang der turkestanisch-sibirischen Eisenbahn ist, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, fertiggestellt. Die Gesamtstrecke, welche Zentralasien mit Sibirien verbindet, beträgt 1445 Kilometer.

Gespannte Lage im Staatsgefängnis von Columbus

W.D. Columbus (Ohio), 24. April. (Tel.) Etwa 50 Sträflinge des Staatsgefängnisses, die Nachtarbeit im Hohenlager verrichteten, verließen frühmorgens ihre Arbeitsplätze. Alle Vorkehrungsmassnahmen sind getroffen, um den beabsichtigten Massenaustritt der Sträflinge zu verhindern. Da man annimmt, daß sich die Sträflinge großer Mengen Öl und Gasolin bemächtigt haben, ist man auf eine neue Brandstiftung gefaßt, um so mehr, als gestern und heute wiederholt Kundgebungen der Unzufriedenheit veranstaltet wurden.

* Zur politischen Lage

Am morgigen Freitag wird sich der Parteiausschuß der Deutschnationalen Volkspartei mit den Differenzen beschäftigt, die innerhalb der Fraktion und der Partei bestehen und bei der Abstimmung über die Finanz- und Steuervorlage ihren stärksten Ausdruck fanden. Die beiden sich bekämpfenden Gruppen, die Gruppe Eugenbergs und die Gruppe Westarp, also die Reinsager und die Jafager, haben inzwischen Erklärungen erlassen, in denen sie ihren Standpunkt begründen. Das alles ist indessen nur Geplänkel. Die Entscheidung wird morgen fallen.

Aus einem offenen Brief, den jetzt Eugenbergs veröffentlicht, kann man den Schluß ziehen, daß er es wahrscheinlich nicht auf Biegen oder Brechen ankommen lassen wird. Er ist der Ansicht, daß die an der Großen Koalition beteiligten gewesenen nichtsozialistischen Parteien mit ihrer ganzen Politik der letzten Wochen absichtlich die Verwirrung unter den Deutschnationalen angerichtet hätten, daß sich die dadurch erzeugten Unstimmigkeiten aber nur auf Steuerfragen bezögen, und daß das gedankens- und gesinnungsmäßige Fundament der Partei deshalb nicht erschüttert werden dürfe. Eugenbergs ist der Ansicht, daß es sich bei dem Kabinett Brüning überhaupt nur um eine vorübergehende Erscheinung handle, und daß man sich darauf gefaßt machen müsse, vielleicht schon in wenigen Wochen wieder die Große Koalition beisammen zu sehen.

Es ist klar, daß, wenn jemand diese Auffassung hegt, er kaum anders operieren kann, als das Eugenbergs getan hat. Wie neuerdings die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, ist das auch der Punkt, an welchem sich die Geister innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei scheiden: die Gruppe um Eugenbergs beurteilt die politische und die Wirtschaftslage vollkommen pessimistisch und richtet sich demgemäß auf den Zusammenbruch ein. Von diesem Standpunkt aus hält sie ein jedes Baktieren mit Parteien, die im Bündnis mit dem „Marxismus“ den Zusammenbruch verschuldet haben, für unnötig und für gefährlich, sie will sich frei halten und ihre Kräfte für später aufsparen. Es sind das dieselben Gedankengänge, die auch bei den Nationalsozialisten vorherrschen. Die andere Gruppe, die Gruppe der Jafager um Westarp, hält es für ihre Pflicht, durch praktische Arbeit dem drohenden Verhängnis in die Arme zu fallen und das Chaos zu verhindern. Mit einem verelendenden Volke — siehe die Krisis in der Landwirtschaft — könne man keine großen Taten vollbringen. Die Frage ist also die, ob sich der Parteiausschuß morgen auf die Seite der einen oder auf die Seite der anderen Gruppe stellen wird. Wie es scheint, steht das Gros der Partei hinter Eugenbergs. Die Aufgabe der Parteileitung würde morgen also die sein, eine Abspaltung der Jafager dadurch zu verhindern, daß man ihnen doch irgendwie entgegenkommt. Wie das zu geschehen hätte, ist heute noch das Geheimnis des Herrn Eugenbergs.

Sehr viel wird von der Verantwortung der Frage abhängen, wie man das Kabinett Brüning und seine Ziele beurteilt. Ist die pessimistische Auffassung Eugenbergs berechtigt oder nicht? Die fünf deutschnationalen Industriellen, die im Reichstag für Ja gestimmt haben, haben diese Frage von sich aus bereits dahin beantwortet, daß „das Kabinett Brüning als Bürgerblutregierung den Weg zu neuer, antimarxistischer Politik eingeschlagen habe“, zu einer Politik, „die auf die Dauer ihre Wirkung auch auf die Führung der Staatsgeschäfte in den Ländern haben werde“. Es handle sich nach alledem um eine Machtprobe zwischen Bürgertum einerseits und Sozialismus und Kommunismus andererseits.

Das ist eine sehr extreme Formulierung. Und man kann sich kaum denken, daß alle Parteien, die das Kabinett Brüning unterstützen, ihr zustimmen werden. Die Formulierung ist wohl auch viel zu allgemein gehalten. Würde sie sich auf das rein wirtschaftspolitische beschränken, so könnte sie der Wahrheit näherkommen insofern, als in der Tat nach der Überzeugung der meisten denkenden Politiker dem deutschen Volke nunmehr eine Wirtschaftspolitik not tut, die die Produktion fördert, der Wirtschaft neue Kräfte einflößt und grundsätzlich auf der ganzen Linie das Gedeihen der Wirtschaft als oberste Voraussetzung für alles andere politische Geschehen, also auch für die Finanz- und Sozialpolitik, anerkennt. Der Reichskanzler Brüning hat seinerseits bekanntlich mehrfach be-

Mit der Beilage: 53. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

kont, daß man Sozialpolitik ohne geordnete Kassen nicht treiben könne.

Soweit man die Dinge überblicken kann, scheint sich das Kabinett auch auf die wirtschaftspolitische Aufgabe, die ihm gestellt ist, konzentrieren zu wollen. Ein neuer Beweis dafür ist die Tatsache, daß man den recht unnötigen und auf die Spitze getriebenen Konflikt zwischen Thüringen und dem Reich schleunigst aus der Welt geschafft hat, und zwar in einer Form, die allen Teilen gerecht wird, und die vor allem auf Seiten des Reiches jene kluge Mäßigung erkennen läßt, die seit Bismarcks Tagen sich noch immer als der beste Kitt für die Einheit des Reiches erwiesen hat. Gleichzeitig hat man die Hände weggenommen von dem seinerzeit geplanten Ankauf der Aktienmehrheit des Emelka-Konzerns. Auch hier sprachen ja damals gewisse politische Momente mit. Es ist gut und entspricht durchaus den neuen finanzpolitischen Grundsätzen, daß man die Finanzen des Reiches nicht an Stellen engagiert, wo sie gar nichts zu suchen haben.

Um so erstaunlicher ist es, wenn man jetzt sieht, daß große demokratische Blätter das Kabinett um dieser Dinge willen heftig angreifen. Herrn Dr. Wirth, der als Reichsinnenminister den Konflikt mit Thüringen beilegte, wird z. B. in aufgeregter Tonart der Ehrentitel eines Republikaners abgesprochen. Und auch sonst versucht diese Kategorie demokratischer Blätter alles nur Menschenmögliche, um dem Kabinett, dem ihre eigene Partei angehört, Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Die sozialdemokratische Presse druckt dann diese Auslassungen mit großer Freude ab. Die Sozialdemokratie steht in ehrlicher und durch nichts verbüllter Opposition zu dem Kabinett, und ihre Presse tut schließlich nur ihre Pflicht, wenn sie dieser Opposition Ausdruck verleiht. Ganz anders liegen diese Dinge aber bei der Presse einer Partei, die das Kabinett Brünning unterstützt. Hier sollte man eigentlich etwas mehr Zurückhaltung erwarten dürfen.

Bedeutungsvolle Flugleistungen

Sonntag abend hatte der Düsselborfer Flieger Esplanau in aller Stille mit einem spannungslosen Raketenflugzeug, in das zehn Raketen mit 800 Kilo Schubleistung eingebaut waren, einen ersten Startversuch unternommen. Bei einem neuen Versuch am Dienstag waren nur drei Raketen eingebaut. Es gelang dem Flieger, den Düsselborfer Flugplatz Lohausen in seiner ganzen Fläche in einer Höhe von 20 Metern mit 150 Kilometer Geschwindigkeit zu umfliegen. — Die nächsten Versuche sollen in Wefermünde stattfinden, wo eine größere Höhe erreicht werden soll.

In Fortsetzung der Leistungsflüge mit dem von der Akademischen Fliegergruppe Darmstadt erbauten Kleindoppeldecker D 18 startete am Mittwoch früh Fluglehrer Reiningger zu einem Hundertkilometergeschwindigkeitsflug. Start und Landung führten über Neu-Isenburg und Erfenheim. Es wurde nach vorläufiger Feststellung eine Stundengeschwindigkeit von 215 Kilometern erzielt. Der Weltrekord für Kleinflugzeuge dieser Klasse steht bei 192 Stundenkilometern.

Ein 17jähriger Berliner Gymnasiast wurde in einer Telefonzelle, deren Gedächtnis er zerstört hatte, verhaftet. Da die Post seit einiger Zeit über derartige Einbrüche zu klagen hat, hatte sie eine Anzahl Telefonapparate mit Alarmanlagen versehen. Der Gymnasiast sieht natürlich einer schweren Bestrafung entgegen.

Musik des „Badener Heimattages“ in Karlsruhe

Lebende und tote badische Komponisten

Neben verschiedenen Veranstaltungen auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft bringt der „Badener Heimattag“ ein großes Orchester- und Chor Konzert unter Leitung von Generalmusikdirektor Josef Skrips, in welchem die heute schaffenden Komponisten Badens, mit je einem für sie charakteristischen Werk zu Wort kommen. Franz Philipp, der Schöpfer der monumentalen Friedensmesse, dirigiert sein Vorspiel zu Dantes Drama „Simon“. Von Richard Trunt, dem bekannten Liederkomponisten, wird der Männergesangsverein „Liederhalle“ einige Männerchöre singen. Julius Weismann wird seine „Tanzsuiten“ und Friedrich Alose ein Präludium mit Doppelfuge für Orgel, vier Trompeten und vier Posaunen zur Aufführung bringen. Außerdem wird zum Gedächtnis eines alten badischen Komponisten aus der Mozartzeit, Josef Martin Kraus, eine Symphonie in C-Moll erklingen. Eine Ergänzung zu der lebenden Moderne bildet das historische Konzert, das von der Badischen Hochschule für Musik unter Leitung von Hochschuldirektor Franz Philipp veranstaltet wird. Zum ersten Male seit vierhundertjährigem Altersschlaf werden Teile aus dem „Choralis Constantinus“ von Heinrich Isaak und Kompositionen von Eusebius Veit, einem markgräflichen Hoforganisten, neu aufgeführt. Musikdirektor Dr. Otto zur Nedden wird hierzu einleitende Vorträge halten.

Neuerwerbungen der Mannheimer Städtischen Kunsthalle. Wegen der beschränkten zur Verfügung stehenden Mittel konnte die Leitung der Kunsthalle Mannheim im vergangenen Rechnungsjahr nur eine begrenzte Anzahl von solchen Kunstwerken erwerben, die bereits einen hohen Marktwert besitzen. Angeschafft wurde das große Gemälde von Louis Corinth „Nach dem Bade“, ferner eine (frühe) Landschaft mit Jagd der Diana von Arnold Böcklin, das Bildnis der Ricarda Duch von Martin Lauerbourg, das große Bild „Fischer am Strande“ von Franz Masereel, „Die Braut“ von Otto Gleichmann und „Waldscholke“ von Heinrich Goerle, „Frau in Gedanken“ von Mario Tozzi und A. W. Dreßler, „Ummarmung“. Von Skulpturen erwarb die Kunsthalle den knienden Knaben von Georg Minne sowie die Büste Gustav Mahlers von A. Rodin. Außer diesen Ankäufen konnte noch eine Reihe von Erwerbungen von badischen und Mannheimer Künstlern getätigt werden, zum Teil anlässlich der Ausstellung „Badisches Kunstschaffen der Gegenwart“. Genannt seien u. a.: Adolf Abel, Karl Althier, Karl Dillingner, Max Eichin, Faber Fuhr, Franz Gels, Hermann Goebel, Albert Henselmann, Willi Henselmann, Helene v. Henden, Eugen Knäus, Willi Müller-Gußschmidt, Walter Neu, Wilfried Otto, Otto Schließer, Theodor Schindler, Wilhelm Schwarzenberger, Richard Stigel, Vladimir Zabolin. Die stets mit besonderer Sorgfalt ausgebaute Abteilung badischen Kunstschaffens in der Mannheimer Sammlung hat auf diese Art eine wesentliche Ergänzung erfahren.

Mitteleuropäischer Binnenschiffahrtstag

Stuttgart

Der Mitteleuropäische Binnenschiffahrtsverband, in dem die maßgebenden Schiffahrts- und Kanalvereine aus Deutschland, Österreich, Ungarn, der Schweiz und der Tschechoslowakei vereinigt sind, wird die Tradition der Vorkriegsverbandstage des Deutsch-Österreichisch-Ungarisch-Schweizerischen Verbandes für Binnenschiffahrt wieder aufnehmen und vom 15.—17. Mai 1930 in Stuttgart seinen ersten Verbandstag abhalten.

Gegenstand der Verhandlungen sind die wirtschaftlichen und technischen Hauptfragen der mitteleuropäischen Binnenschiffahrt und Wasserstraßen. Die Aussprache wird sich um drei Hauptreferate gruppieren: Geheimer Legationsrat Professor Dr. Joepfi, Wien, der Vater des im Mitteleuropäischen Binnenschiffahrtsverband neu erfindenden Deutsch-Österreichisch-Ungarisch-Schweizerischen Verbandes für Binnenschiffahrt, wird über „Wesen und Ziele mitteleuropäischer Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiete des Verkehrs“ sprechen. Als Bericht erstatter für das Thema „Wirtschaftliche Probleme der mitteleuropäischen Binnenschiffahrt“ wurde Herr Reichsminister a. D. Dr.-Ing. e. h. Gothein, Berlin, gewonnen. Den Hauptreferenten für die Vortragsreihe „Technische Probleme der Wasserstraßen und Binnenschiffahrt“ stellt in dem betannten Brünner Wasserbau-Professor Ing. Sireck der neueste Mitgliedstaat des Verbandes, die Tschechoslowakei.

In zeitlichem Zusammenhang mit dem Mitteleuropäischen Binnenschiffahrtstag findet in Stuttgart die diesjährige (61.) Hauptversammlung des Zentral-Vereins für deutsche Binnenschiffahrt e. B. statt, ebenso eine Reihe von Auswahlsitzungen west- und süddeutscher Schiffahrts- und Kanalvereine. Auch aus dem Ausland wird die Stuttgarter Tagung, deren Ehrenvorsitz der württembergische Staatspräsident Dr. h. c. Holz übernommen hat, starken Besuch aufweisen können.

Ein Aufruf des Reichsbanners

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erläßt anlässlich seines sechsjährigen Bestehens einen Aufruf an seine Mitglieder, in dem es heißt:

„Über den Aufgabekreis des Staates mögen die politischen Parteien miteinander ringen und kämpfen. Das Reichsbanner steht nur in jenen Parteien, Verbänden und Organisationen Gegner, die Feind sind dem Staat von heute. Das Reichsbanner steht wehrhaft gegen jeden, der den Boden der Verfassung verläßt. Das Reichsbanner will in den Kampf der Parteien nicht eingreifen. Es kann heute — da das Gefüge der Parteien schwankt — weniger denn je seinen Mitgliedern die parteipolitische Zugehörigkeit vorschreiben. Die republikanischen Parteien haben sich leider sehr oft getrennt, innen- und außenpolitische Notwendigkeiten haben sie aber auch immer wieder zusammengeführt. Wir bedauern und verurteilen es daher auf das Schärfste, daß, wenn auch nur vereinzelt, beim letzten Regierungswechsel bei Debatten in unseren Reihen unsachliche Angriffe auf republikanische Parteien und deren führende Persönlichkeiten erfolgten. Wir vernahmen uns aber auch gegen unsachliche oder gar böswillige Aufbauschung und Entstellung dieser Einzelfälle. In zehntausenden von Veranstaltungen hat das Reichsbanner seine Überparteilichkeit bewiesen. Das Reichsbanner sieht keinen Anlaß, seinen Aufbau, seinen Zweck oder die Mittel zu deren Erreichung zu verändern.“

Die Sächsische Regierung fordert Demonstrationsverbot

Die sächsische Regierung ist laut „Vorwärts“ an das Reichsinnenministerium mit dem Ersuchen herangetreten, bei den Länderregierungen ein Verbot der Demonstrationen zum 1. Mai, soweit sie unter freiem Himmel abgehalten werden sollen, anzuregen. Im Reichsministerium des Innern besteht, dem gleichen Blatt zufolge, angesichts der Haltung der preussischen Regierung, die an ein derartiges Verbot nicht denkt, keine Neigung, dem Ansinnen der sächsischen Regierung zu entsprechen. Seine endgültige Stellungnahme wird das Reichsministerium des Innern nach der Rückkehr des Ministers Dr. Wirth bekanntgeben.

Dr. Edener in England. Dr. Edener ist von New York in London eingetroffen, nachdem ihn das britische Luftministerium eingeladen hatte, die englischen Luftschiffe „R 100“ und „R 101“ zu besichtigen. Er bleibt bis Freitag in London und begibt sich hierauf nach Cardington, um bei den endgültigen Vorkehrungen des Empfangs des Zeppelins anwesend zu sein, mit dem er dann nach Deutschland zurückfahren will.

Keine Mäuserei in Lennawerk. Die Belegschaft des Leunaerwerkes bei Merseburg hat es abgelehnt, am 1. Mai zu feiern. 44 Proz. der Belegschaft stimmte dafür, 46 Proz. gegen Arbeitsruhe. 10 Proz. haben nicht abgestimmt.

Warnung vor Waffenlieferung nach China. Aus Anlaß des Wiederauflebens des Bürgerkrieges in China hat die Reichsregierung die am Handel und an der Schiffahrt nach China interessierten Kreise erneut davor gewarnt, sich an Lieferung und Transport von Kriegswaffen und Kriegsmunition nach China zu beteiligen.

Die Mattagung des Völkerbundesrates, die am 12. Mai in Genf beginnt, wird von dem südlawischen Außenminister Marinkowitsch präsidentiert werden.

Temperatursturz in Amerika

W.D. New York, 24. April. (Tel.) Ungeachtet der kürzlich verbreiteten Meldungen, daß der Golfstrom New York näher komme, hat die ganze Ostküste gestern mit etwa 0 Grad seit Bestehen des Wetterbüros zu dieser Jahreszeit die niedrigste Temperatur verzeichnet. In New York trat frühmorgens Schneefall ein. Landeinwärts herrscht starker Frost.

In Berlin hat das Hausmädchen Frieda Nothe der Gattin eines Bankiers Schmuckstücke im Werte von 140 000 M gestohlen und ist mit seiner Beute entflohen. Die Diebin stammt aus Neufalz an der Oder. Zum 1. Mai war ihr gefündigt worden.

Von einem Großfeuer heimgesucht wurde gestern Abend das rund 300 Einwohner zählende Pfarrdorf Kerfeld bei Hofheim Unterfranken. Insgesamt wurden sechs Scheunen mit den dazugehörigen Nebengebäuden ein Raub der Flammen. Das Feuer ist durch zwei 6—8jährige, in Kerfeld zu Besuch weilende Kinder, die mit Streichhölzern spielten, entstanden.

Über die strafrechtliche Seite der Stuttgarter Trichinosenangelegenheit wird mitgeteilt, daß die Erhebungen in Mannheim, woher bekanntlich der trichinöse Wurm stammte, gegenwärtig fortgesetzt werden. Es ist festgestellt, daß der Wurm von einer Tierschau stammte, die aufgelöst wurde, weil sie nicht rentierte.

Die Franzosen nahmen am Mittwoch bei Trier, ohne die Bevölkerung zu unterrichten, eine große Munitionspredung vor. Außer an sechs Häusern der staatlichen Domäne Avelsbach wurde auch an einem auf dem Exerzierplatz stehenden Wohnhaus schwerer Schaden angerichtet. Viele Bewohner wurden an die Wand geschleudert, ohne daß jedoch jemand verletzt wurde.

Wie fördert man die badische Uhrenindustrie?

Aus dem Schwarzwalde wird uns geschrieben: Schon vor längerer Zeit war bekanntgeworden, daß die Deutsche Forschungsgemeinschaft (früher Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft), auf dem Gebiete der Uhrenindustrie einiges vorhatte. Es war damals die Hoffnung noch nicht ganz zu Grabe getragen worden, auch die badische Uhrenindustrie sei in den Kreis der Förderung einbezogen.

Nun ist dieser Tage ein Aufruf in der „Freiburger Tageszeitung“ zu lesen gewesen, der Anlaß gibt, recht skeptisch zu denken.

Unter der Überschrift: „Ein amtliches Zeitmessungsinstitut für die Schwarzwälder Uhrenindustrie?“ schreibt Universitätsprofessor Dr. Schreiber, R. d. N., u. a. folgendes:

„In Stuttgart fanden am 15. und 16. März wertvolle Aussprachen zwischen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft), der württembergischen Industrie und den württembergischen Parlamentariern statt. Im besonderen war die württembergische Wirtschaft mit der Messing- und Kupferindustrie, mit der Edelmetall- und Silberindustrie und mit der Uhrenindustrie vertreten. Der Wettbewerb des Auslandes und seine Überlegenheit im Fabrikationsprozess wurden eingehend besprochen. Es war dies eine Fortsetzung von Konferenzen, die bereits vor zwei Jahren stattgefunden hatten. In diesem Zeitraum von 2 Jahren hat die Metallforschungskommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft) bereits wesentliche Wünsche, die für den Fabrikationsprozess geäußert wurden, erfüllen können. Das wurde von Vertretern der württembergischen Industrie ausdrücklich mit großem Dank festgehalten.“

Es wird dann noch weiter erwähnt, daß diesen Besprechungen beizuhören der württembergische Staatspräsident Holz, der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Staatsminister Schmitt-Ott, der stellvertretende Präsident, Geheimrat Schwörer, der württembergische Wirtschaftsminister Maier, deutsche Forscher, wie Geheimrat Schenk, der Vorsitzende der Metall-Forschungskommission, Professor Kägel von der Technischen Hochschule in Dresden, Professor Studten, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und zahlreiche andere Gelehrte, dazu eine Reihe Parlamentarier.

Es wurde ferner berichtet, daß belgische und italienische Wissenschaftsgesellschaften gegründet worden seien zu Forschungszwecken, und daß Frankreich vor kurzem in Besancon ein Uhrenforschungsinstitut gegründet habe mit 24 Millionen Franken.

Der Artikel führt dann aus:

„Die württembergische und badische Uhrenindustrie hat mit einer begreiflichen Besorgnis von dieser wissenschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik Frankreichs Kenntnis genommen, zumal da auch die Schweiz seit Jahren ein Forschungsinstitut gegründet hat, um den Produktionsprozess der Uhrenindustrie zu kontrollieren und anzuregen. Es ist darum außerordentlich zu begrüßen, daß im Sinne einer Förderung der nationalen Wirtschaft die Deutsche Forschungsgemeinschaft in ihrer Metall-Forschungskommission die forschenden Kräfte, anregt und sammelt, um bestimmten Wirtschaftszwecken positiv zu helfen und sie im schweren weltwirtschaftlichen Konkurrenzkampf wettbewerbsfähig zu erhalten.“

Von den drei fundamentalen Einheiten, auf dem alle Messungs- und Präzisionsmechanik beruht, hat das Reich bisher nur mit Raum- und Gewichtsmäßen beschäftigt, durch die Reichsanstalt für Maße und Gewichte (jetzt Abteilung I der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt). Die Normierung der Zeitmäße blieb ganz den Sternwarten überlassen, die für die technische Seite dieser Fragen nicht ausgerüstet sind. So befindet sich Deutschland gegenüber anderen Ländern noch sehr im Hintertreffen. In der Schweiz werden durch staatliche Stellen (Sternwarten und wissenschaftliche Spezialbüros) Prüfungen und Kontrollen der Uhren ausgeführt, die zur Ausstellung von Gangscheinen führen, während die Reichsanstalt wohl andere Eichungen vornimmt, aber die Uhren nicht berücksichtigt. Eine solche Prüfung setzt allerdings die Schaffung von wissenschaftlichen Grundlagen für die Normalisierung und Beurteilung aller Materialkonstanten und Konstruktionsmerkmale voraus, von der der Gang der Uhren abhängt. Damit wurde mit Recht in der Versammlung die Forderung erhoben, in erreichbarer Nähe des Hauptbezirks unserer Uhrenindustrie, nämlich im württembergischen und badischen Schwarzwalde eine Forschungsstelle zu errichten, der gleichzeitig eine Prüfungsstelle zuzuteilen sei. Der Gedanke kann nicht von der Hand gewiesen werden, daß es möglich sein würde, mit Hilfe der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, in ähnlicher Weise, wie es schon hinsichtlich der Thermometer im thüringischen Almenau geschehen ist, im Schwarzwalde eine wissenschaftliche Zweigstelle zu errichten, die den Bedürfnissen der Wirtschaft dient. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß auch heute noch die Einfuhr allein von Schweizer Taschenuhren gegen 30 Millionen Reichsmark beträgt. Es wäre an der Zeit, daß das Reichsinnenministerium und das Reichswirtschaftsministerium diesen Fragen stärkere Aufmerksamkeit widmet und auch der Deutschen Forschungsgemeinschaft Gelegenheit gibt, wirksam eingzugreifen.“

Wenn man den gesamten Artikel liest, so fällt auf, daß an dieser Besprechung offenbar nur württembergische Kreise beteiligt waren. Von der badischen Uhrenindustrie ist eigentlich nur da die Rede, wo von den gemeinsamen Sorgen gesprochen wird.

Es gibt das recht sehr zu denken. Ist das Stammland der Uhrenindustrie schon so zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, daß es gar nicht mehr in Frage kommt für Besprechungen usw.?

Es soll nun Zweck dieses Hinweises nicht etwa sein, den Rührigeren etwas wegzunehmen oder den vielleicht Säumnigen einen Vorwurf zu machen, wohl aber ernstlich darauf hinzuweisen, daß bei solchen Vorgängen nicht latentlos bei Seite gestanden werden darf. Es ist vielmehr nötig, mit aller Fähigkeit daran festzuhalten, daß die erhofften Vorteile raschstens auch der badischen Uhrenindustrie zugeführt werden.

Daran anschließend aber ist der Wunsch auszusprechen, daß das erwähnte geplante Zeitmessungsinstitut und Prüfungsstelle, dessen künftiger Aufenthaltsort sehr hübsch, aber etwas unendlich umschrieben ist, wenn irgendmöglich nach Baden kommen möge. Die Verlagerung vieler wirtschaftlicher Schwerpunkte aus dem Grenzland Baden hinweg läßt es als höchst wünschenswert erscheinen, wenigstens solche mit Reichsmitteln zu schaffen. Neuschöpfungen nach Baden zu verlegen, die ihrer Art nach tatsächlich auf alten Traditionen aufbauen würden und in absolut geeigneter Lage wären.

Das wäre auch praktische Grenzlandhilfe für das Land Baden und seine bedrängte Wirtschaft.

Badischer Teil

Dienstbezeichnung bei den Arbeitssämtern

Die Vorgesetzten der Arbeitssämter werden, nach einem Beschluß des Vorstandes der Reichsanstalt, künftig die Dienstbezeichnung „Arbeitsamtsdirektor“, die händigen Stellvertreter die Bezeichnung „Repräsentierender Arbeitsamtsdirektor“ führen.

Veränderung des Finanzgesetzes

Nr. 12 des Bad. Gesetz- und Verordnungsblattes veröffentlicht das am 16. April d. J. vom Landtag beschlossene Finanzgesetz für die Jahre 1930 und 1931. Es tritt mit Wirkung vom 1. April 1930 in Kraft.

Handelshochschulkurse Karlsruhe und Beamtenkurse der Verwaltungsakademie Baden

Die Vorlesungen und Übungen des Sommersemesters beginnen Montag, 28. April. In Rechtswissenschaften führt der über mehrere Semester laufende Julius des Senatspräsidenten Dr. Weis über Deutsches bürgerliches Recht wieder neu, mit dem allgemeinen Teil an, und der einschlägige Teil des Handelsrechts (Personenrecht) wird mit einbezogen. Anschließend finden, wie in dem vergangenen Semester, juristische Vorträge statt. Professor Dr. Wehle behandelt in Volkswirtschaftslehre das viel umstrittene, dafür aber auch großen Interesse bezeugende Thema von Wert und Preis. Professor Dr.-Ing. Probst, der gerade von einer Reise um die Erde zurückgekehrt ist, gibt den Hörern seine Beobachtungen über Technik und Wirtschaft in außereuropäischen Ländern bekannt und behandelt dabei auch kulturelle Fragen. Oberregierungsrat Dr. Hähner vom Oberversicherungsamt hält eine Vortragsreihe über die deutsche soziale Versicherung. Mit ihm sind die Kurse gewissermaßen in die zweite Generation eingetreten, denn sein Vater, der Gymnasialdirektor Geh. Hofrat Dr. Hähner, war bekanntlich viele Jahre hindurch der hochgeschätzte Dozent für Geschichte.

Verlegung der Poststelle

Die Verlegung der deutschen Poststelle für Ausländer in Karlsruhe nach Kehl erfolgt nunmehr zum 1. Mai. Sie beendigt ihre Tätigkeit in Karlsruhe am 28. April. Das Büro in Kehl befindet sich in dem Hause Hauptstraße 2 beim Bahnhof. In der Erledigung der Post- und Sichtvermerksanträge wird durch den Umzug der Poststelle nur eine unwesentliche Verzögerung eintreten.

Aus den Parteien

Am kommenden Sonntag hält die Deutsche Volkspartei Badens in Forstheim eine geschlossene Informationsabende ab, bei der Landtagsabgeordneter Dr. Mattes Fragen der Landespolitik und Reichsaussenminister Curtius Fragen der Reichspolitik behandeln werden.

Aus der badischen Industrie

Befestigung badischer Industrieanlagen. Nach Abschluß der bis 25. Juni d. J. in Berlin tagenden zweiten Weltwirtschaftskonferenz wird eine Teilnehmergruppe süddeutsche Industrieanlagen besichtigen. Von Frankfurt kommend werden die Gäste am 30. Juni Industriewerke von Mannheim und Umgebung aufsuchen. Auch Frankfurt wird ein Besuch abgestattet werden. Am folgenden Tag geht die Fahrt nach Karlsruhe und von da zum Bodensee weiter.

Auftrag für Brown, Boverie & Cie. Die Colonie de la Guadeloupe erteilt der Brown, Boverie & Cie., AG. Mannheim, Auftrag auf die Elektrifizierung der Insel Guadeloupe. Der Auftrag umfaßt die Erstellung einer vollständigen Dampfzentrale mit drei Dampfmaschinen von 5000 Kilowatt Leistung, sowie den Ausbau eines Hochspannungsverteilungsnetzes für 80 Kilowatt mit mehreren Umspannwerken. Mit den Arbeiten, die auf Sachlieferungsfaktoren ausgeführt werden, wird sofort begonnen.

Tagungen

Eine Landesvertretertagung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen wird in Freiburg abgehalten werden.

Tagung der Gaftra. Am 28. April tagt in Baden-Baden der Verwaltungsrat der Gaftra nebst einigen Interessenschülern. A. a. wird Geheimrat Prof. Deen (Dannover) einen Lichtbildvortrag über „Das Problem eines deutschen Autohahnnetzes“ halten.

Aus der Landeshauptstadt

Neues vom „Badener Heimattag“. Wie die Geschäftsstelle des „Badener Heimattags“ bekannt gibt, ist für das Welttreffen der Badener neben dem bisherigen Programm am Sonntag, dem 13. Juli, ein großer Festzug geplant, an dem sich etwa 14 Corps der bekannten badischen Bürgerkassen beteiligen. Der interessante und farbenprächtige Zug mit den bunten und zum Teil historischen Uniformen der Teilnehmer wird ein anschauliches Bild von den urwüchsigen, originellen badischen Sitten und Gebräuden vermitteln. Die Veranstaltung wird naturgemäß auch ein verkehrspolitischer Höhepunkt der Festtage sein und eine Menge Schaulustiger aus nah und fern in die badische Landeshauptstadt locken.

Beachtet das Vorfahrtsrecht! Der Polizeibericht vom 22. April verzeichnet drei Verkehrsunfälle, die noch glimpflich abgelaufen sind. Die Schuld an den Zusammenstoßen der Kraftfahrzeuge war die Nichtbeachtung des Vorfahrtsrechts.

Colosseumtheater. Es ist zwar keine ganz neue Variation, die von den beiden Autoren Eugen Burg und Otto Haring in dem Schwank „Sie muß heute noch raus“ gezeigt wird, aber es steckt viel gute Latit und raffinierte Diplomatie in diesem lustigen Dreierakter, der mit seinen leichtbeschwingten Bonmots die Spannung bis zum unerwarteten Schluß wach hält. Dazu kommt, wie wir schon neulich von der zur Zeit im Colosseum gastierenden Berliner Sensations- und Lustbühne berichtet konnten, eine Darstellung, die selbst einem solchen Nebenprodukt der Literatur zu bemerkenswertem Gelingen verhilft. Vor allem die geschiedene Frau, die zu allerlei grotesken Manövern Anlaß gibt, wird von Biggi Clewe wieder mit sprudelnder Souveränität gespielt. Nicht minder gelingt diesmal Georg Paulsen es, eine gar komische Figur auf die Bühne zu stellen. Aber auch Paul Fern, Otto Albrecht und Bernhard Rosen präsentieren in ihrer Art ganz vorzügliche Sonderindividualitäten, zu denen eigentlich nur Else Burghoff, ein bisher unbekanntes Mitglied des Ensembles, einige Distanz hält. Von der sehr naheliegenden Möglichkeit, dieser hochspannenden Handlung den Anlaß einer richtigen Komödie zu geben, macht das weitere noch Alexander Engel so ausgiebig Gebrauch, daß man nur bedauert, ihn in solch kleiner Rolle wieder zu begegnen. Jedenfalls ist die zur Abwechslung gewählte, gänzlich untrümmliche Anglegenheit so recht angetan, alle sogenannten Durchschnittsmenschen zumindest für ein paar Stunden aufs beste zu amüsieren.

Das Lichtspiel „Konzerthaus“. Ein Stück kanadische Geschichte läßt uns diese Woche der Film erleben. Den Stoff hierzu gibt ein vielgelesenes Epos von S. W. Longfellow. Französische Landkrieger waren nach Kanada ausgewandert, um sich dort eine neue Heimat zu gründen. Durch Fleiß und Energie gelang es ihnen, dem Boden seine Schätze abzurufen, und so ein Dasein zu führen, das immerhin sorgelos genannt werden konnte. Dies war dem englischen Gouverneur unangenehm. Er verfügte, daß die Franzosen dem englischen König den Treueid zu leisten und im Falle eines Krieges gegen Frankreich Waffendienst zu tun hätten. Diesen Kampf, der Franzosen einerseits und der englischen Soldaten, ist der Hintergrund der Handlung des Films. Sämtliche Bewohner werden deportiert und die Gebäude in Brand gesteckt. Bei der Deportation wird die kurz vorher getraute Evangeline von ihrem Gabriel getrennt. Nun beginnt ein Suchen der beiden Menschen. Unmittelbar vor dem Tode Gabriels gelingt es Evangeline, ihren Geliebten in einem Armenhaus zu finden. Es ist eine Geschichte voll ergreifender Tragik. Die Musik trägt das ihrige dazu bei, die ganze Handlung zu einem Erlebnis zu machen.

Wieder ein schwerer Verkehrsunfall. Am Mittwochabend ereignete sich Ecke Ettlinger- und Augartenstraße ein schwerer Unfall. Der verheiratete 42 Jahre alte Hilfsarbeiter Johann Bude, Vater von drei Kindern, stieß mit einem Personenauto zusammen, wurde zur Seite geschleudert und blieb bewußtlos liegen. Er hatte u. a. einen schweren Schädelbruch erlitten. Der Verunglückte schwebt in Lebensgefahr.

Wetternachrichtenbüro der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. An der Vorderseite eines Tiefdruckausläufers hatten wir gestern vormittag Föhn, der verbunden mit starker Einstrahlung die Temperaturen in der Ebene bis auf 22 Grad hinauftrieb. Nach aufziehender Bewölkung brachte in den Abendstunden fast im ganzen Lande Regen. Mit dem Durchzug des Regengebietes sind wir in den Bereich der feuchten Westwindzone gekommen. Heute morgen bildet die Vereinigung des langsam nach Nordosten vordringenden Hochgebietes mit dem skandinavischen Tief eine langgestreckte, bis nach Spanien reichende Tiefdruckrinne. An deren Vorderseite werden wir das feuchtwarme Wetter behalten. Wetterausblick: Fortdauer der veränderlichen, feuchtwarmen Witterung, trüchelige Regenfälle bei südwestlicher Luftzufuhr, Gebirge rasche Schneeschmelze.

Gemeinderundschau

Übernahme der Nebenbahnen durch den Kreis Heidelberg. In einer Besprechung von Gemeindevorstehern der an der Strecke der Nebenbahn Neckarbischofsheim-Hüffenhardt gelegenen Gemeinden, die in Neckarbischofsheim stattfand, wurde eine Eingabe an den Kreisrat Heidelberg beschlossen, in der die Übernahme der im Kreis Heidelberg gelegenen Bahnen von diesem gefordert wird.

Aus dem Kreisrat Karlsruhe. Zur Verbesserung des Weges von Marzell nach Pfaffenort wird der Gemeinde Pfaffenort ein Kreisbeitrag von 5300 RM unter der Voraussetzung in Aussicht gestellt, daß der Weg in die Kreisfürsorge aufgenommen wird. Der Kreisfürsorgearzt erhält die Amtsbezeichnung Kreismedizinalrat. Der Gemeinde Schlittenbach wird zu den Kosten der Erstellung ihrer Gemeindefeuerverordnungsanlage ein Kreisbeitrag von 7000 RM vorbehaltlich der Zustimmung der Kreisversammlung zugesagt. Damit der Voranschlag von 18 000 RM ausreicht, sollen vom 1. April 1930 ab die Leistungen des Kreises für die Hagelversicherung herabgesetzt werden. Es werden nur noch 1/4 der den Grundbesitzern von 60 RM übersteigenden Mehrprämie auf die Kreiskasse übertragen. Zur Förderung des Obstbaues beschließt der Kreisrat die Anstellung eines Obstbauinspectors. Auf Anregung der Flechtzuchtgenossenschaften des Kreises soll die Errichtung einer Jungziehweide in die Wege geleitet werden.

Der Bürgerausschuß Lörrach beriet in mehr als fünfstündiger Sitzung den Haushaltsplan für 1930/31, der schließlich mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt wurde. Zu dem ungedeckten Aufwand von 519 000 Reichsmark, den der Voranschlag aufweist, bemerkte Bürgermeister Dr. Grater, daß hierdurch außerordentlich gespannte Verhältnisse geschaffen würden. Größere Projekte könnten für die nächsten Jahre für die Stadt nicht in Frage kommen, die Erhaltung des Vorhandenen würde schon Anforderungen genug stellen. Der Stadtverordnetenvorstand empfahl jedoch die Annahme des Voranschlags und verlas eine Entschließung, in der gegen die Finanzpolitik des Staates protestiert wird, was geschah. Im einzelnen wurde in der ausgedehnten Debatte, zu der seitens der Kommunisten nicht weniger als 40 verschiedene Anträge vorlagen, auf die Notwendigkeit hingewiesen, im Fürsorgewesen wachsam und sparsam zu sein. Ein sozialdemokratisch-kommunistischer Antrag auf Streichung der Feuerabgabe wurde abgelehnt. Ferner fielen Anträge der Kommunisten auf Festsetzung des Höchstgebühres für die Schulgebühren neu festgesetzt und für den Erweiterungsbau des Krankenhauses ein Nachtragkredit von etwa 2400 RM eingebracht.

Der Autoverkehr im nördlichen Schwarzwald. Unter dem Vorsitz des Landrats Villmaire von Wühl fand in Ottenhöfen eine Besprechung statt, die sich mit dem Ausbau der Verbindungsstraße Mummelsee-Ruhstein befaßte. Man kam zu dem Ergebnis, die Straße durch das Schwarzenbachtal nach der Ruhsteinstraße so rasch als möglich auszubauen. Auch die Kostenfrage konnte geregelt werden. Damit wird das ganze Gebiet des nördlichen Schwarzwaldes dem Autoverkehr erschlossen.

Gemeindeumlage in Furtwangen. Für das Rechnungsjahr 1929/30 ist die endgültige Umlage auf 187 Proz. der Steuergrundbeträge festgesetzt worden. Es gelangen also zur Erhebung vom Grundbesitzern 112 RM, vom Betriebsvermögen 45 RM und vom Gewerbeertrag 661 RM von je 100 RM. Für die Bürgerkassen sowie die Handels- und Gewerbebesuche werden die Schulgebühren neu festgesetzt und für den Erweiterungsbau des Krankenhauses ein Nachtragkredit von etwa 2400 RM eingebracht.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Bruchsal, 28. April. Bei der Betriebsratswahl in den städtischen Werken der Stadt Bruchsal erhielten die christlichen Gewerkschaften 47 Stimmen und drei Vertreter im Betriebsrat, die freien Gewerkschaften 42 Stimmen und drei Vertreter.

Hd. Ettlingen, 24. April. Ein Waldbrand entstand gestern mittag aus noch unbekannter Ursache auf der Höhe vom Käthenberg in der Nähe des Bismartturms, wo es bereits im letzten Jahre getannt hat. Es fielen ihm 4-5 Hektar Jungwald, teils neu gepflanzte Pflanzen und Baumchen bis zu zehn Jahren zum Opfer. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

Hd. Kalltenbrunn, 23. April. Durch den Schneeebruch, wie er seit vielen Jahren nicht mehr zu verzeichnen war, sind im Forstbezirk Kalltenbrunn allein 8000 bis 10 000 Ferkelbäumebestand zusammengebrochen worden. Darunter befinden sich Tannen bis zu einem Stammdurchmesser von 30 Zentimeter.

Hd. Neudorf, 24. April. Unsere Heilstätte für Alkoholkranken in Neudorf, die im Mai 1906 eröffnet wurde, beacht am Sonntag, den 18. Mai, die Feier ihres 25jährigen Bestehens. Kurze Ansprachen und Einführungen in das Wesen der Heilstättenbehandlung Alkoholkranker werden ein Bild über die bisherige Entwicklung und Arbeit der Heilstätte geben.

Hd. Freiburg, 23. April. Heute vormittag kurz nach 7 Uhr erfolgte die Abfahrt zur diesjährigen Auslandsreise der ADG auf dem hiesigen Oberplatz, 91 Kraftwagen aus allen Teilen Deutschlands und der verschiedensten Fabrikate mit 260 Personen stellten sich dem Starter. Die städtische Kolonne hofft heute noch in Lyon einzutreffen.

Hd. Badenweiler, 23. April. Reichstangler Dr. Brüning, der noch die ganze Woche in Badenweiler zu verbringen gedenkt, gab gestern abend im kleinen Kreise ein Essen, an dem auch Reichswirtschaftsminister Dietrich mit Gemahlin teilnahm. Der Minister für die besetzten Gebiete, Treutmann, ist vorübergehend ins Rheinland abgereist. Er wird zum Ende der Woche in Badenweiler zurück erwartet. Der frühere badische Staatspräsident, Dr. Trunk, ist wieder nach Karlsruhe abgereist.

Hd. Stuttgart, 23. April. Der Händler Karl Stängle, der, wie gemeldet, gestern Nachmittag einen fälschlichen Angriff auf den württembergischen Justizminister Dr. Becher befohlen hat, konnte heute Nachmittag von der Kriminalpolizei in Ulm, wo er sich bei Bekannten aufhielt, verhaftet werden.

Hd. Basel, 23. April. Der Regierungsrat hat heute im Hinblick auf die im Zusammenhang mit dem Bauarbeiterstreik vorgefallenen schweren Ausschreitungen ein Verbot für Versammlungen und Umzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen erlassen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

| | 25. April | | 24. April | |
|-----------------------|-----------|--------|-----------|--------|
| | Geld | Preis | Geld | Preis |
| Amsterdam 100 G. | 168.34 | 168.68 | 168.50 | 168.84 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 112.01 | 112.23 | 112.08 | 112.30 |
| Italien . . . 100 L. | 21.925 | 21.965 | 21.955 | 21.995 |
| London . . . 1 Pf. | 20.34 | 20.38 | 20.353 | 20.393 |
| New York . . . 1 D. | 4.1825 | 4.1905 | 4.187 | 4.195 |
| Paris . . . 100 Fr. | 16.305 | 16.435 | 16.415 | 16.455 |
| Schweiz . . . 100 Fr. | 81.907 | 81.23 | 81.145 | 81.305 |
| Wien 100 Schilling | 58.97 | 59.09 | 58.985 | 59.105 |
| Brag . . . 100 Kr. | 12.39 | 12.41 | 12.404 | 12.424 |

Veränderung des Reportgelds. Der Reportgeldsatz wurde, wie aus Berlin gemeldet wird, mit 5 1/2 bis 6 1/2 Proz. festgesetzt, d. h., er würde um 1/4 Proz. ermäßigt.

Diskontrakt der Bank von Italien. Ein Erlaß des italienischen Finanzministers setzt mit Wirkung vom 24. April an die Diskontrakt der Bank von Italien von 6 1/2 auf 6 Proz. herab.

Die „Wag“. Die Bad. Lokaleisenbahn AG. Karlsruhe schließt auch im Geschäftsjahr 1929 wieder mit einem Verlust ab. Es muß daher der von der Kreisversammlung 1929 in Aussicht gestellte Kreiszuschuß in Höhe von rund 61 000 RM an die Gesellschaft abgeführt werden.

Wühl, Woffel AG, Forstheim. Der Generalversammlung (27. Mai) der Gesellschaft (Bijouterie) soll eine Dividende von 6 (i. B. 7) Proz. auf 1,7 Mill. Reichsmark Aktienkapital vorgeschlagen werden. Gestiegene Lasten und ungenügende Verkaufspreise hätten trotz größeren Absatzes die Erzielung eines besseren Ergebnisses verhindert. Das in Sao Paulo (Brasilien) in Gemeinschaft mit deutschbrasilianischen Industriellen gegründete Tochterunternehmen wird noch im Laufe dieses Jahres die Fabrikation aufnehmen. Man hoffe, daß sich die an diese Gründung geknüpften Erwartungen erfüllen werden.

Sinner AG, Karlsruhe-Grünwinkel. Der Abschluß der Gesellschaft (10 Proz. Dividende) wurde bereits mitgeteilt. Die ordentliche Generalversammlung findet am 29. April statt. Dem Bericht der Direktion ist zu entnehmen, daß das Jahr 1929 in wirtschaftlicher Beziehung eine weitere Verschlechterung gebracht hat, so daß nur weitgehende Sparmaßnahmen einen Ausgleich bringen können. Im Brauereigewerbe konnte noch ein Plus im Absatz verzeichnet werden. Leider haben sich auch Infolenzen im Birteigewerbe gemehrt. Die Mühle arbeitete im Berichtsjahr in bisheriger Weise. Die Lage im oberbayerischen Mühlengewerbe hat sich nicht gebessert, so daß keine Rente erzielt wurde. Die Firma hat sich daher entschlossen, die Mühle bis auf weiteres stillzulegen; es ist gelungen, sie an eine bedeutende württembergische Großmühle zu verpachten. Das Vorkaufgeschäft hat stark notgelitten. Die Konserfabrik mußte liquidiert werden. Da der Landwirtschaftsbetrieb wiederum Verluste brachte, wurde der Gutsbetrieb in Grünwinkel verpachtet.

Von der Rheinschiffahrt. Durch die reichlichen Niederschläge der letzten Tage hat sich der Rheinwasserstand derart gehoben, daß die Schifffahrt nunmehr in vollem Maße ausgiebig werden kann. Auch die Schifffahrt auf dem Oberrhein ist wieder aufgenommen worden. So hat, wie aus Kehl gemeldet wird, am Ostersamstag zum erstenmal seit drei Jahren wieder ein Schweizer Schleppteamper mit Anhang die Bergfahrt nach Basel angetreten; ihm folgten mehrere Dampfer.

Allgemeine Lokalbahn und Kraftwerke AG, Berlin. Die wieder 12prozentige Dividende entstammt einem kaum veränderten Gewinn. Von den Erträgen entfielen 1,67 (1,68) aus Überschüssen der eigenen Betriebe und 2,20 (2,03) RM, den Beteiligungen. Unter den Untosten befinden sich 0,80 (0,72) Mill. Steuern. Die noch umlaufenden 340 450 RM Genußrechte erhalten 20 427 RM. In den eigenen Betrieben (Straßenbahn in Görlitz und Kiel) blieben die Ergebnisse auf Vorjahreshöhe. Bei den Beteiligungen konnten zum Teil höhere Dividenden ausgeschüttet werden. In der Bilanz sind Anlagen und Beteiligungen wieder nur in einem Kosten aufgeführt; dessen starke Steigerung wird erklärt durch die Kollapszahlung auf Aktien der Bayerischen Zugspitzbahn AG. in Garmisch, deren letzte Strecke voraussichtlich im Sommer fertiggestellt sein wird, ferner auf Aktien der Allg. Energieversorgung AG, Heidelberg, und durch das Bezugsrecht der Würt. Elektrizitäts-AG, Stuttgart (Kapitalerhöhung um 1 auf 4 Mill.). Von der Heidelberger Untergesellschaft wurde der Betrieb in Rothenburg o. T., sowie die Gaskernversorgung Mittelbaden aufgenommen und mit der Stadt Freiburg eine Gaskernversorgung Oberbaden G. m. b. H. gegründet.

Beamten-Kausparkasse — bisher 5,34 Mill. Reichsmark Darlehen bereitgestellt. Die von den Beamtenpensionsvereinigungen getragene Beamten-Kausparkasse, die der Durchführung des Beamtenheimstättengesetzes dient, hielt am 17. April ihre 7. Darlehenszuteilung ab. Im ganzen konnten bisher 1067 Darlehen in einer Gesamthöhe von 5 335 000 RM bereitgestellt werden.

Staatsanzeiger

Sammlung.
Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird dem Arbeitsausschuß für ein Stresemann-Ehrenmal in Mainz die Genehmigung erteilt, im Lande Baden zugunsten der Errichtung eines Stresemann-Ehrenmals eine öffentliche Geldsammlung durch Aufrufe in der Presse und durch Auflegung von Einzelsammlungslisten in Banken, Geschäftshäusern und dergleichen zu veranstalten. Diese Genehmigung gilt bis zum 31. Juli 1930.
Karlsruhe, den 22. April 1930.

Der Minister des Innern:
J. A.: Dr. A. Jung.

Sammlung.
Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird dem Arbeiter-Samaritaner-Bund e. V. Kreis Baden in Mannheim die Erlaubnis erteilt, zugunsten seiner jagungsmäßigen Aufgaben im Lande Baden in der Zeit vom 17. bis 24. August 1930 an zwei Tagen — darunter jedoch nur ein Sonntag — durch Mitglieder der Arbeiter-Samaritanerkolonnen eine Geldsammlung auf öffentlichen Straßen und Plätzen zu veranstalten. In Städten und Gemeinden mit weniger als 30 000 Einwohnern dürfen auch Sammlungen von Haus zu Haus veranstaltet werden, wenn das zuständige Bezirksamt hiergegen keine Bedenken hat und eine besondere zusätzliche Genehmigung hierzu erteilt.

Der Minister des Innern:
J. A.: Dr. A. Jung.

Die Zeichen, mit denen die Sammler kenntlich gemacht sind, müssen so beschaffen sein, daß eine Verwechslung mit dem roten Kreuz ausgeschlossen ist.

Karlsruhe, den 22. April 1930.

Der Minister des Innern:
J. A.: Dr. A. Jung.

Losbriefvertrieb.
Der Vereinigung der St. Anna-Schwester in Kochel a. S. wurde die Erlaubnis zum Losbriefvertrieb in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 19. April 1930.

Der Minister des Innern:
J. A.: v. Babo.

Losbriefvertrieb.
Der Münchener Künstlergenossenschaft, dem Verein bildender Künstler Münchens und der Münchener neuen Sezession wurde die Erlaubnis zum Losbriefvertrieb in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 19. April 1930.

Der Minister des Innern:
J. A.: v. Babo.

Losvertrieb.
Der Firma A. Molling in Berlin wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb (13. Volkswohlfahrt) in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 19. April 1930.

Der Minister des Innern:
J. A.: v. Babo.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit:

Oberin Friederike Müller und Oberaufseherin Berta Sieber beim polizeilichen Arbeitshaus Kislau.

Gestorben:

Oberarchivar Dr. Otto Cartellieri am badischen General-Landesarchiv in Karlsruhe am 15. April 1930.

Geschäftliches

Für 50 *Rpf* ein Feurich-Salon-Piano, Wert 1725 *M.* Es ist Absicht der bekannten Wohlfahrtslotterie „Große Kindheit“, irgend jemand dadurch glücklich zu machen, daß sie ihn für 50 *Rpf* ein Feurich-Salon-Piano im Wert von 1725 *M.* gewinnen läßt. Das prächtige Instrument, das sich durch eine besondere Klangfülle und Klangschönheit auszeichnet, wird gegenwärtig bei dem bekannten Karlsruher Musikhaus Schläpfer, Kaiserstraße, gezeigt. Wer nun gerne dieses schöne Piano gewinnen möchte und für einen guten Zweck 50 *Rpf* opfern mag, dem wird empfohlen, sich recht bald einige Losnummern in den bekannten Geschäften zu kaufen. Es ist unbedingt damit zu rechnen, daß der Ziehungs-termin vom 19. Mai 1930 gehalten wird. Lose sind in allen Losgeschäften erhältlich, wenn nicht, in der Lotteriegeschäftsstelle, Karlsruhe, Stefaniestraße 92.

Den Staats- und Gemeindebehörden empfehlen sich:

A. Aulenbacher & Söhne

Steinbruchbetriebe
Ettlingen i. B.
FERNSPRECHER NR. 2

Wir liefern in erstklassiger Ausführung:
Granit, Quarzit und Sandstein
Groß- und Klein-Pflastersteine
Randsteine und Leistensteine
Stücksteine und Schotter



Sämtliche
güßene
Kanali-
sations-
artikel



Feldbahnen und alle Baugeräte für Notstandsarbeiten, Wegebauten usw. empfiehlt den Staats- u. Gemeindebehörden u. Bauämtern
zu Kauf und Miete

Wilhelm Messmer, Villingen
Gegründet 1903 — Katalog gratis — Fernsprecher 2181
Mitglied des Badischen Baumeisterbundes

Wasserversorgung:

Brunnenbau — Schacht- u. Filterbrunnen
Tiefbohrungen — Grundwasserabsenkung
Pfählgründungen — Sprudel- u. Mineralbohrungen

Johannes Brechtel
Ludwigshafen a. Rh.
Tiefbrunnenanlagen
gegr. 1888

Vertreter: Ziv.-Ing. Hugo Krumpf, Karlsruhe, Nowackanlage 7

Die Stelle eines

Verwaltungsfekretärs

(mit Aussicht auf spätere Übertragung der Stelle des 2. Amtschreibers) ist alsbald neu zu besetzen. Die Beförderung erfolgt nach Gruppe 4 c der neuen bad. Beförderungssordnung. Einrechnung früherer Dienstjahre bleibt vorbehalten.

Gute Vorbildung in allen Dienstzweigen und Erbringung des Nachweises der mit Erfolg abgelegten Verwaltungsfekretärprüfung sind erforderlich. *R. 323*

Geeignete Bewerber wollen Bewerbungsschreiben (möglichst mit Lichtbild) unter Anfügung von handschriftlichem Lebenslauf, Leumundszugnis, Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Prüfungsnachweisen bis zum 7. Mai 1930 an unterzeichnete Stelle einreichen. Persönliche Vorstellung nur auf Verlangen.

Kiengen (Oberbaden), den 22. April 1930.

Der Gemeindevorstand:

Dr. Franken, Bürgermeister.

Möbel

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungsvereinfachung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 279

BEILAGEN

DER
KARLSRUHER ZEITUNG
BADISCHER STAATSANZEIGER

Zentralhandelsregister für Baden
Badischer Zentralanzeiger für Beamte
Wissenschaft und Bildung
Badische Kultur und Geschichte
Badische Wohlfahrtsblätter
Amtliche Berichte des Bad. Landtags

machen sie zu einem vielbeachteten Insertionsorgan

Insertieren auch Sie

Sie werden bestimmt zufrieden sein

Zwangsversteigerung

Im Zwangsversteigerungsamt am
Dienstag, dem 17. Juni 1930, vormittags 8 1/2 Uhr
in seinen Diensträumen Kaiserstraße 184, I. Stock,
Zimmer 4 die Erbbaugrundstücke des Fabrikanten Adolf
Kiefer in Karlsruhe auf der Gemarkung Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 17. März 1930 im
Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über die
Grundstücke samt Schätzung kann jedermann einsehen.
Rechte, die am 17. März 1930 noch nicht im Grundbuch
eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung
vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und
bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen;
sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der
Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers
und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer
ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Ver-
fahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen
einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Verstei-
gerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegen-
stands.

Grundstücksbeschreibung.

I. Erbbaugrundbuch Karlsruhe Band 642 Seite 24,
Erbbaurecht für 70 Jahre vom 26. Oktober 1927
an auf:
Lsg. Nr. 5483: 7 a 10 qm Hofreite mit Gebäuden
und Hausgärten an der Wichowstraße 16. Das
Flächenmaß setzt sich zusammen aus:

| | |
|--------------|------------|
| Hofreite | 2 a 62 qm, |
| Hausgarten a | 0 a 68 qm, |
| Hausgarten b | 3 a 80 qm, |

gibt zusammen: 7 a 10 qm.

Auf der Hofreite steht: ein zweistöckiges Wohnhaus
mit massiver Kellerdecke. Schätzung: ohne Zube-
hör: 57 000 *M.*

II. Erbbaugrundbuch Karlsruhe Band 642 Seite 25,
Erbbaurecht für 70 Jahre vom 26. Oktober 1927
an auf:
Lsg. Nr. 5434: 7 a 10 qm Hofreite mit Gebäuden
und Hausgärten an der Wichowstraße 18. Das
Flächenmaß setzt sich zusammen aus:

| | |
|--------------|------------|
| Hofreite | 3 a 38 qm, |
| Hausgarten a | 0 a 68 qm, |
| Hausgarten b | 3 a 04 qm, |

gibt zusammen: 7 a 10 qm.

Auf der Hofreite steht:
a) ein zweistöckiges Wohnhaus mit massiver
Kellerdecke,
b) eine einstöckige Autogarage.
Schätzung: ohne Zubehör: 68 000 *M.*

Karlsruhe, den 15. April 1930. O. 412
Bad. Notariat III als Vollstreckungsgericht.

Zuckerkrank

Wie Sie ohne das mühselige Hungern zuckerfrei werden können, sagt jedem unentgeltlich
Ph. Hergert, Wiesbaden, Rückertstr. 154b

Unserem großen Neubau will auch der

Dritte Bazar

am Donnerstag, 1. Mai und Freitag,
2. Mai 1930 in den Räumen unseres
Mutterhauses, Sofienstr. 55, dienen

Eröffnung: Donnerstag, 1. Mai,
vorm. 9 Uhr

Ausklang:
Kirchenmusikalische Abend-Feier
am Freitag, 2. Mai, abends 8 Uhr, in
unserer Kapelle

Jeder Beitrag ist dankbar
willkommen

Herzlich ladet alle ihre Freunde ein die
Ev. Diakonissenanstalt Karlsruhe

Handelshochschulkurse Karlsruhe und Beamtenkurse der Verwaltungs- akademie Baden

Sommersemester 1930

- 1. Deutsches bürgerliches Recht**
Allgemeine Lehren
Senatspräsident Dr. Levis, Dienstag, 8 Uhr,
Beginn 29. April
- 2. Besprechungen über bürgerliches Recht**
Senatspräsident Dr. Levis, Dienstag, 9 Uhr,
Beginn 29. April
- 3. Allgemeine Wirtschaftslehre**
Professor Dr. Wehrle, Mittwoch, 8 Uhr,
Beginn 30. April
- 4. Technik und Wirtschaft in außereuropäischen Ländern.** (Halbsemesterkurs)
Professor Dr. Probst, Mittwoch, 7 Uhr,
Beginn 7. Mai
- 5. Die deutsche soziale Versicherung**
Oberregierungsrat Dr. Häußner, Montag,
8 Uhr, Beginn 28. April.

Besuchsgebühr für sämtliche Kurse 12 *RM.*, für einen Halbssemesterkurs 2 *RM.* Anmeldungen bei A. Bielefeld's Hofbuchhandlung, E. Kundt, Müller & Gräff, Braun'sche Buchhandlung A. Trotschütz, J. Linck's Buchhandlung, Weststadtbuchhandlung Ernst Lützerath, Buchhandlung zur Hauptpost und der Geschäftsstelle des Beamtenbundes, Nowackanlage 19.

Karlsruhe, April 1930.

Das Kuratorium.



Badisches Landestheater

Freitag, 25. April
*F 21 (Freitagmiete)
Lh.-Gem. 301-400

Angelina

Oper von Rossini
Dirigent: Schwarz
Regie: Muckenbecher

Mitwirkende:
Blatt, Effelsgrub, Gän-
wald, Seyfert, Gofpach, Ro-
ser, Rentwig, Schuster

Anfang 20 Ende n. 20
Breite C (1-7 *RM.*)

Samstag, 26. April
Orpheo

Sonntag, 27. April
Die Sabin

Im Konzerthaus:
Der Mann, der seinen
Namen änderte

Montag, 28. April
Die Affäre Dreyfus

In der Festhalle:
6. Volkssinfoniekonzert

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATER
DOSENHEIM A. D. STRASSE

LIEFERT AUS SCHLOSS- u.
HECKENMARKBRUCH
ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-
MATERIAL

Wir
werben
für Sie!